



„Geld, Banken und Staat“

Mechthild Schrooten
Mai 2015



Überblick

1. Theoretische Vorüberlegungen
2. So viel Krise - schon so lange
3. Allheilmittel: Schuldenbremse?
4. Anwendungsfall: Deutschland
5. Ausblick

Geld

- Funktionierendes Geld ist ein umfassendes Kommunikationsmittel (Luhmann)
- Es verbindet über nationalstaatliche Grenzen hinweg
- Geld erleichtert die Vermögensbildung
 - Aufbewahrungskosten
 - Bewertung
 - Liquidität

Geld in einer renditeorientierten Marktwirtschaft

- **Renditeorientierte** Marktwirtschaft setzt auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und Umverteilung von unten nach oben
- Rendite wird in Geld gemessen
- → Renditen sind nominal und damit über Bewertungsmonopole zu beeinflussen

Banken in einer renditeorientierten Marktwirtschaft

- Blick zurück: Finanzmärkte können Wachstum und Renditen schaffen
 - (Diskussion und zahlreiche Papiere von King/Levine; IMF; etc.)
 - Einfaches ökonomisches Modell: Banken=Finanzintermediäre
 - Professionelle Finanzintermediäre
 - economies of scale
 - dienen der Risikodiversifikation
 - unterstützen bei der Auswahl von Investitionsprojekten
 - betreiben Monitoring über Investitionsprojekte
 - können durch intelligente Produkte selbst Renditen generieren
 - → mit professionellen Finanzintermediären sinken die Transaktionskosten
 - → das Wachstum beschleunigt sich

Banken und Transaktionskosten

- Transaktionskosten sind relativ unsichtbare Kosten
- Entstehen durch Marktprozesse
- Entstehen bei Marktversagen

- → Grundlegende Argumentation: Entstehen durch Regulierung
- → Regulierung ist eine Bremse für das Wirtschaftswachstum

- → In den oben genannten Modellen kommt Geld nicht vor.

Staat

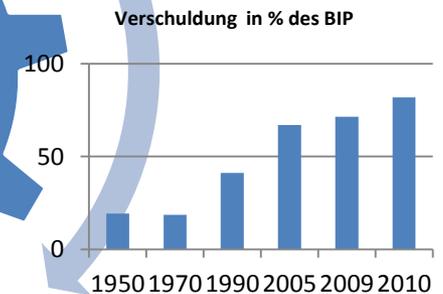
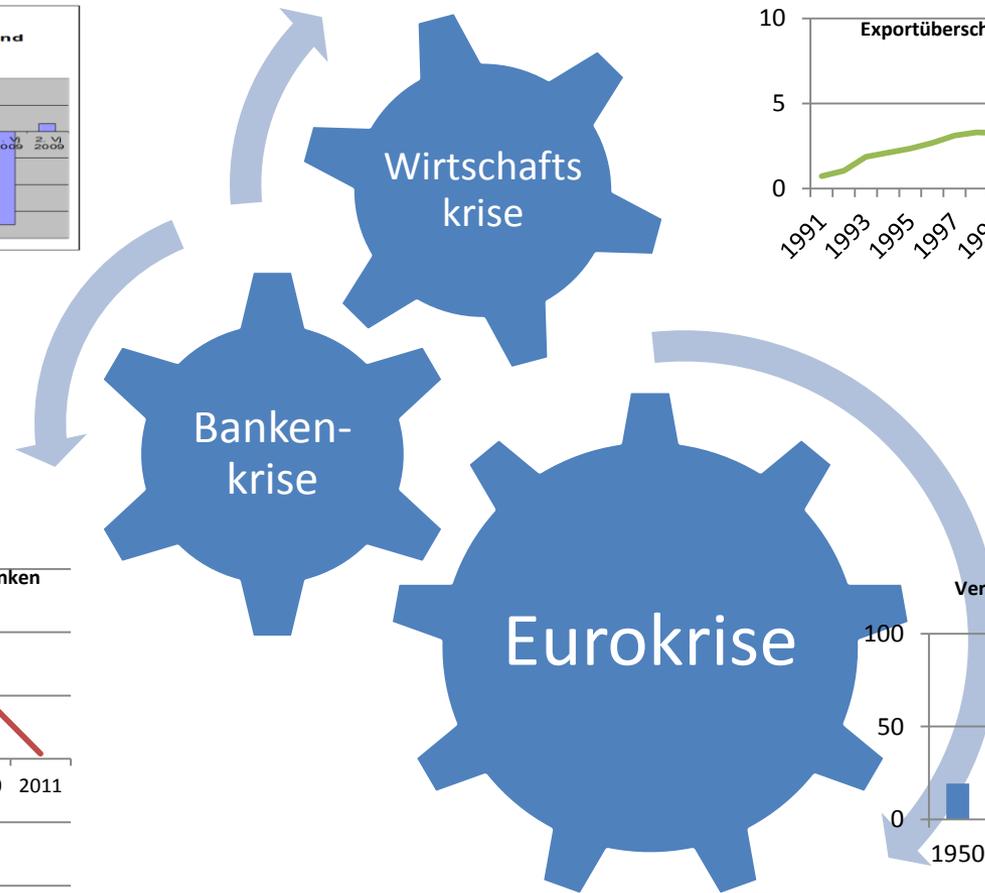
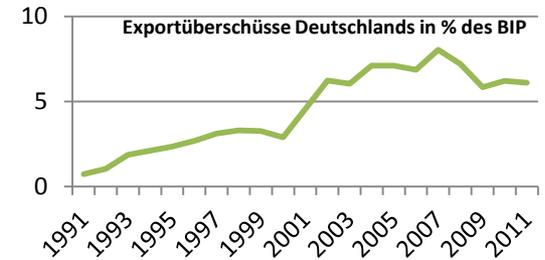
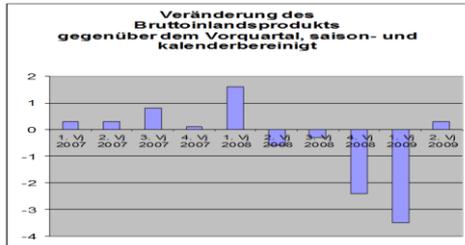
- Reguliert den Finanzsektor
 - Aufsicht
 - Zentralbank
 - Schuldner-Gläubiger-Beziehung
- Ist selbst ein wichtiger Nachfrager und zentraler Anbieter auf dem Finanzmarkt

- → ZIELKONFLIKTE!!!!
- → Aber Gestaltungshoheit

Kurze Zusammenfassung

- Geld ist ein universelles Kommunikationsmittel
- Finanzsektor soll das Funktionieren der renditeorientierten Marktwirtschaft erleichtern
- Staat soll regulieren
 - → Bestenfalls ansatzweise realwirtschaftliche Bezüge
 - → Interessenkonflikte
 - → Krisenpotential
 - Finanzkrisen sind immer Verteilungskrisen!

So viel Krise - schon so lange



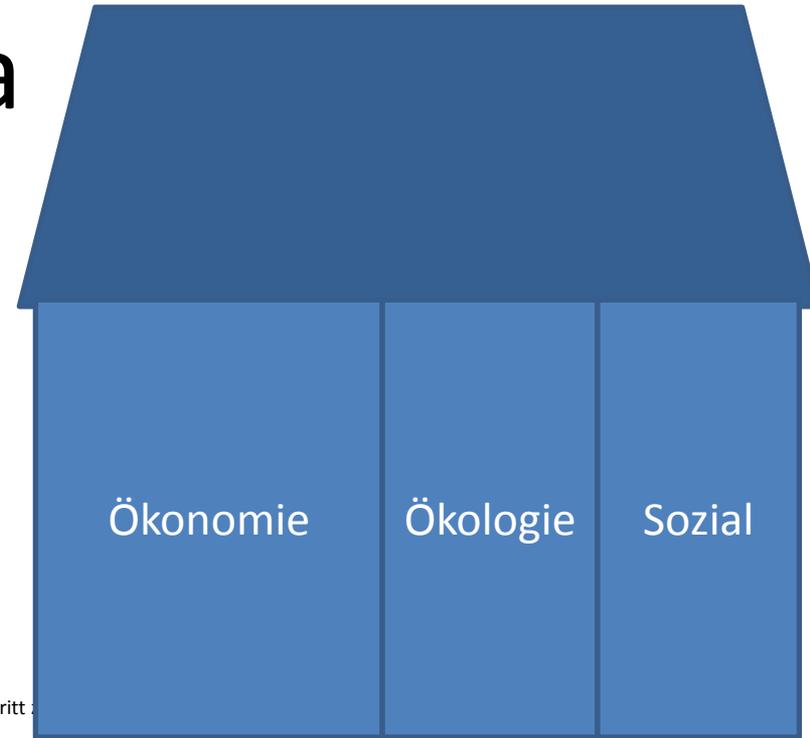
So viel Krise

- Finanzkrise ist eine Umverteilungskrise
- Finanzkapital findet keine $r > g$ Anlagemöglichkeiten
- Artifizielle Finanzprodukte werden geschaffen (Schattenbanken)

- Verschuldung wird entwertet
- Schuldner-Gläubiger-Beziehung wird neu definiert
- Staat hat eine interessante Doppelrolle



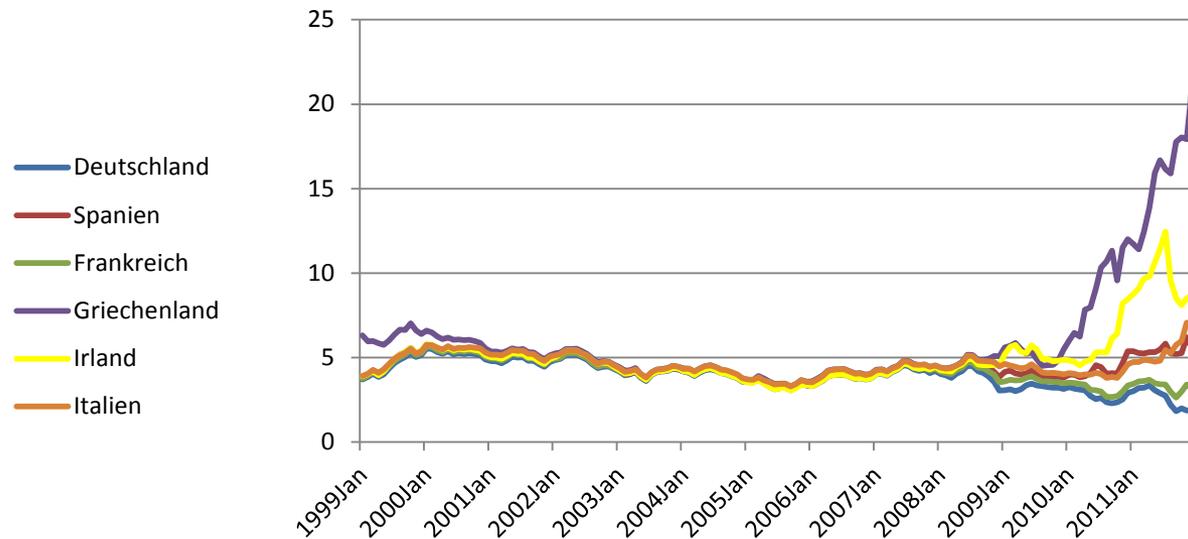
Europa



- Europäische Union (28 Mitgliedsländer)
 - → Zollunion, Handelsunion
 - → 7 % der Weltbevölkerung
 - → 30% des Welt-Bruttoinlandsprodukts (BIP)
- Eurozone
 - Währungsunion (19 Mitgliedsstaaten)
 - → Gemeinsame Währung
 - → Einheitliche Geldpolitik
- Beitritt zur EU
 - Alle Staaten können grundsätzlich beitreten
 - Jedoch sind Kriterien zu erfüllen
 - → Mit dem Beitritt zur EU wird grundsätzlich auch ein perspektivischer Beitritt zu den Maastricht-Kriterien
 - Marktwirtschaft
 - Demokratie
 - funktionsfähiges Rechtssystem

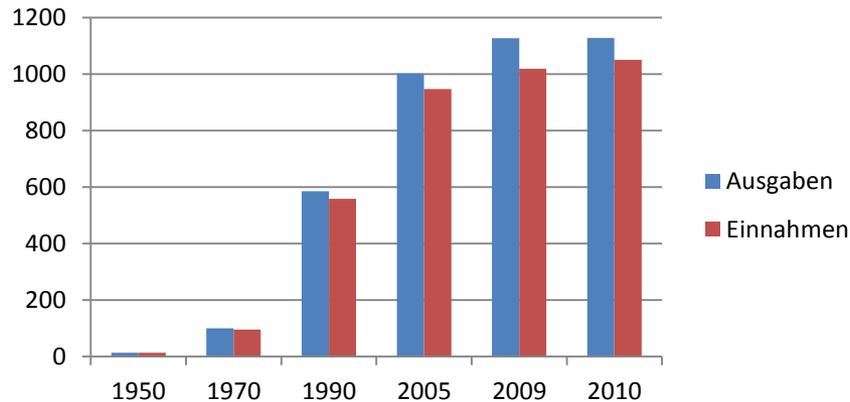
– EU im Spannungsfeld zwischen
Nationalstaatlichkeit und Gemeinschaft

Zinsen für 10jährige Staatsanleihen



Anwendungsfall Deutschland

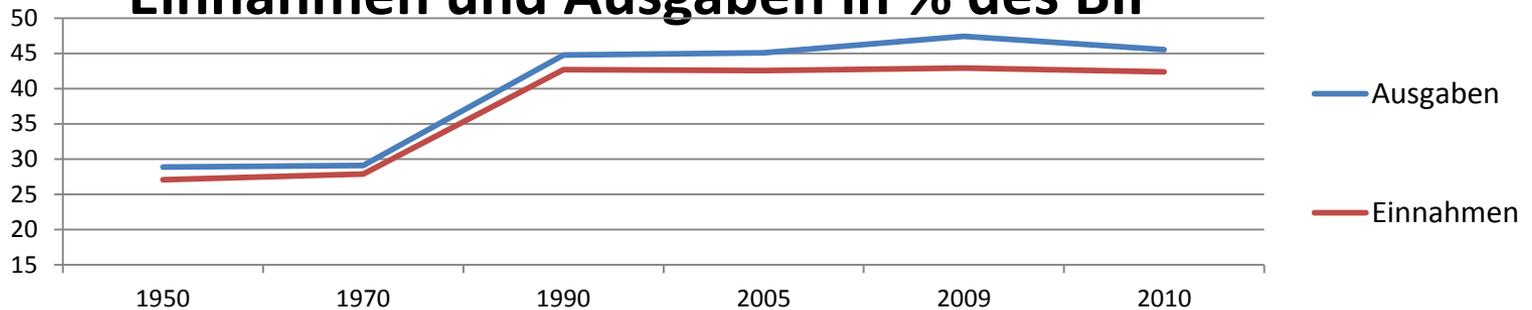
Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, Mrd. Euro



Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte, Mrd. Euro

1950	-0,9
1970	-4,1
1990	-27,1
2005	-55,8
2009	- 106,9
2010	-78,1

Einnahmen und Ausgaben in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Privates Vermögen, öffentliche Schulden

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung (1991 bis 2009, in Milliarden Euro)

- Private Haushalte 1.840 Mrd. Euro
- Finanzinstitute 258 Mrd. Euro
- Staat Schulden
- Ausland Schulden

Quelle: Deutsche Bundesbank, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik .

Populäres Argument:

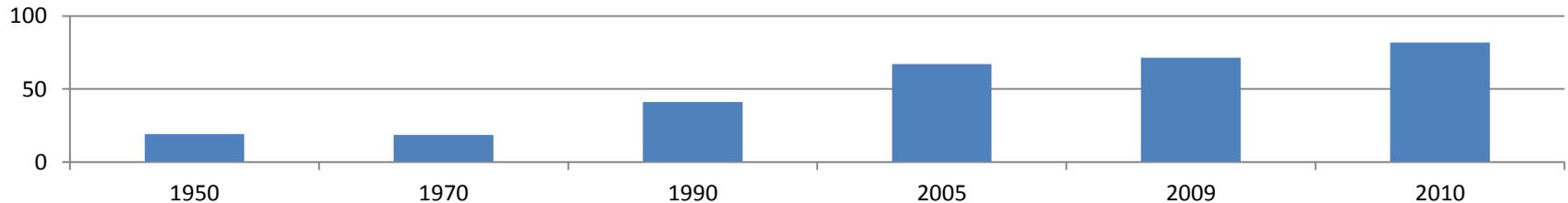
» Generationengerechtigkeit

Verschuldungsstand des Staates

Jahr	Mrd. Euro
1950	9,6
1970	64,2
1990	538,3
2005	1489,9
2009	1694,4
2010	2028,2
2011	2030

2014: 2048,1

Verschuldung in % des BIP



2014: 74, 1 Mrd

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Krisenbewältigung durch Schuldenbremse?

- in Art. 109, Abs. 3 Grundgesetz
- (3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen mit der Maßgabe, dass Satz 1 nur dann entsprochen ist, wenn keine Einnahmen aus Krediten zugelassen werden.

Deutschland

- Schuldenbremse
 - Bund ab 2016
 - Länder ab 2020
 - Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein erhalten Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Mill. Euro jährlich

„Die Neuregelung (Art. 109 und Art. 115 GG) gelten für Bund und Länder ab dem Jahr 2011. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d Abs. 1 GG) ist festgelegt, **dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind.** Über Konsolidierungshilfen wird es den ärmeren Bundesländern **Bremen**, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein möglich gemacht, die Vorgaben der Schuldenbegrenzung ab dem Jahr 2020 zu erfüllen. Weiterhin soll zur Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern ein gemeinsamer Stabilitätsrat eingesetzt werden, der insbesondere der Vermeidung von Haushaltsnotlagen dienen soll (Art. 109a GG).“

Quelle: Bundesfinanzministerium/Hervorhebung Schrooten.

Europäische Schuldenbremse heißt Fiskalpakt

- → Dezember 2011: Schuldenbremse wird zum Exportprodukt
- → Schaffung einer „fiskalischen Stabilitätsunion“
- → konkrete Ausgestaltung variiert
- → jedoch gemeinsam:
- **Eckpfeiler:**
- → 0,5% konjunkturell bereinigtes Defizit des konsolidierten Haushalt
- → Schuldenstand auf 60% des Bruttoinlandsprodukts begrenzen
 - → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse
- → aktuell 23 Mitgliedsländer der EU im Defizitverfahren
- → Schuldenstand in Deutschland ca. 82% des Bruttoinlandsprodukts
- → Anpassungen notwendig
 - → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse

Schuldenstand in % des BIP	2008	2009	2010	2011
Belgien	89,2	95,7	95,5	97,8
Deutschland	66,8	74,5	82,5	80,5
Griechenland	112,9	129,7	148,3	170,6
Spanien	40,2	53,9	61,5	69,3
Frankreich	68,2	79,2	82,3	86
Irland	44,5	64,9	92,2	106,4
Italien	106,1	116,4	119,2	120,7
Zypern	48,9	58,5	61,3	71,1
Luxemburg	14,4	15,3	19,2	18,3
Malta	62	67,6	68,3	70,9
Niederlande	58,5	60,8	63,1	65,5
Österreich	63,8	69,2	72	72,4
Portugal	71,7	83,2	93,5	108,1
Slowenien	22	35	38,6	46,9
Slowakei	27,9	35,6	41	43,3
Finnland	33,9	43,5	48,6	49
Estland	4,5	7,2	6,7	6,1

Quelle: Destatis.

Eurozone	70,2	80	85,4	87,3
-----------------	-------------	-----------	-------------	-------------

	Haushalts defizit 2012		BIP 2012	
Belgien	-3,0		-0,2	
Deutschland	-0,2		0,8	
Griechenland	-6,8		-6,0	
Spanien	-8,0		-1,4	
Frankreich	-4,5		0,2	
Irland	-8,4		0,4	
Italien	-2,9		-2,3	
Zypern	-5,3		-2,3	
Luxemburg	-1,9		0,4	
Malta	-2,6		1,0	
Niederlande	-3,7		-0,3	
Österreich	-3,2		0,8	
Portugal	-5,0		-3,0	
Slowenien	-4,4		-2,3	
Slowakei	-4,9		2,6	
Finnland	-1,8		0,1	
Estland	-1,1		2,5	

- Quelle: EU.

Land	tatsächliches Renteneintrittsalter 2008	Ges. Rentenalter 2009(Männer/Frau en)	Ges. Rentenalter ab 2020(Männer/Frauen)
Belgien	61,6 ¹⁾	65	–
Deutschland	62,3 ²⁾	65	65,9 ⁷⁾
Finnland	61,6 ¹⁾	65 ⁶⁾	–
Frankreich	59,3	60	62 geplant
Griechenland	61,4	65/60 ³⁾	65/65
Irland	64,1	65	68
Italien	60,8	65/60	65/65 geplant
Luxemburg	59,4	65	–
Malta	59,8	61/60	65/65
Niederlande	63,2	65	67 geplant
Österreich	60,9 ¹⁾	65/60	65/65
Portugal	62,6 ¹⁾	65	–
Schweden	63,8	64	
Slowenien	59,8 ⁴⁾	63/61	65/65 geplant
Slowakei	58,7 ¹⁾	62/59	62/62
Spanien	62,6	65	67 geplant
Zypern	63,5 ¹⁾	65	–

Quelle: Eurostat.



Fazit und Ausblick

- ➔ soziale Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden nicht angegangen
- ➔ Finanzkrise des Bankensektors zieht eine Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte nach sich
- ➔ Krisen sind immer Verteilungskrisen
- ➔ Unmut wächst, aber Systemkrise ist nicht in Sicht
- ➔ Eurokrise ist eine Krise Europas aber nicht der Währung!!!

**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT**

Mechthild Schrooten